

Vorbildliche Arbeit der KPÖ

Bezug nehmend auf Ihren Artikel über „Leben im Elektrosmog“ möchte ich hinzufügen, dass das Verhalten, Hilfe bei der KPÖ zu suchen, aber ÖVP oder SPÖ zu wählen, der falsche Weg ist. Wenn sich in unserem Land etwas ändern soll, müssen die Bürger auch über ihren Schatten springen und die KPÖ wählen.

Nur so kann man Änderungen herbeiführen. Ich hoffe, dass sich recht viele Bürger daran beteiligen, die KPÖ als stärkere Kraft zu etablieren. Von den Altparteien ist keine Änderung zu erwarten. Dass die KPÖ mit der Geschichte der kommunistischen Parteien im ehemaligen Ostblock zu kämpfen hat, ist verständlich. Aber die Arbeit von Herrn Kaltenegger ist vorbildlich. Unbestritten.

Werner Steiner, Neumarkt

Nicht nur am Muttertag

Würde eine kanadische Mutter und Hausfrau mit zwei schulpflichtigen Kindern für ihre Arbeit bezahlt, dann müsste sie nach Schätzungen von Fachleuten einschließlich Überstunden ein Jahresgehalt von umgerechnet rund 110 000 Euro erhalten. Dieser Zahl, die auf aktuellen Gehältern basiert, „liegt eine 100 Stunden-Woche zugrunde, verteilt auf sechs 15-Stunden-Tage und einen 10-Stunden Tag“, hieß es in der Vancouver Sun.

Der Aufgabenbereich einer Mutter und Hausfrau umfasst die Arbeit als Kindergärtnerin, Lehrerin, Fahrerin, Putzfrau, Köchin, Krankenschwester und Instandhaltungskraft. Diese Aussage gilt sicher auch bei uns in Österreich.

Harald Schober, Weiz

Weniger Politikerbezüge

Ihren Vorstoß zur Änderung der Politikerbezüge finde ich gut: Mein Zusatzantrag



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

dazu, von dem ich meine, er wäre noch wirkungsvoller und spareffizienter: Jeden dritten Politiker einsparen, da doch sowieso immer nur die EU als verantwortlich und entscheidend hingestellt wird.

Zur Nahverkehrsabgabe für die Unternehmen, um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs finanzieren zu können: Grundsätzlich eine gute Idee, doch sollte zusätzlich ein Teil der Steuern auf Treibstoff und ein Teil der Leistungsabgabe der Kfz zum Ausbau der Verkehrsverbände herangezogen werden.

Alfred Engelbrecht

Verkehrsprobleme, Gewalt und Profitgier

Ich frage mich jeden Tag, wenn ich auf dem Weg zu meiner Arbeit bin, wo das mit dem stetig wachsenden Verkehr, vor

allem auch dem Schwerverkehr, hinführen soll. Ich kann dieses ständige Wachsen sehr gut beobachten, da ich nun schon 25 Jahre lang immer dieselbe Strecke mit dem Pkw zurücklege. Es ist unvorstellbar, in welchem Ausmaß der Schwerverkehr in letzter Zeit zugenommen hat. Wenn man an die Folgen für die Umwelt oder an die Erhöhung der Unfallgefahr für alle denkt, stimmt das nachdenklich! War da nicht immer die Rede von einer Verlagerung auf die Schiene?! Die Werbung für die Bahn „Bahn wirkt“ kann ich nicht mehr hören!! Was soll da wirken, wenn immer mehr Nebenbahnen eingestellt werden und immer mehr Bahnhöfe ohne Schalter sind.

Alle Zusammenlegungen (z.B.: Krankenhäuser; Großküchen usw.) haben automatisch eine Zunahme unseres Verkehrs zur Folge, ganz nebenbei gehen

Arbeitsplätze verloren.

Anstatt die Ursache zu bekämpfen, überlegt man, wie man Ort für Ort um- oder unterfahren könnte. Die Kosten dafür sind enorm.

Die Hauptursache für all diese Fehlentwicklungen liegt in erster Linie an der Profitgier der Mächtigen (Konzerne, Politiker....), bzw. an der grenzenlosen Dummheit und Kurzsichtigkeit vieler Menschen liegt. Nur: Trifft es letztendlich nicht alle, wenn sozialer Unfriede die Überhand gewinnt?

Wo bleibt nur die Verantwortlichkeit all jener, die die Macht hätten, es zu ändern. Ich hoffe, dass es noch rechtzeitig eine Wende zum Guten gibt.

Gertrude Schatz

Die EU und Bundespräsident Fischer

Bundespräsident Fischer hat am Europatag an den Werbemaßnahmen für die EU teilgenommen und diese Gemeinschaft als etwas Gutes dargestellt.

Dabei dürfte er von der EU falsche Informationen bekommen haben. Er müsste sich nur ins Auto setzen und durch Österreich fahren. Dabei könnte er sehen, dass die EU die Kleinbetriebe schon fast vernichtet oder in beklemmende Abhängigkeit von den großen Konzernen gebracht hat.

Auch das bäuerliche Eigentum ist in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden. Statt guter Früchte und verschiedener Sorten mit Geschmack regiert nur mehr die Norm. Der Bundespräsident und die anderen Politiker sollen für die Österreicher da sein und nicht für die EU, die uns ausbeutet.

Anton Kornhäusl,
Neutillmitsch

www.socialforum.at



GRAZ 06 

SOZIALFORUM

15. -17. JUNI



ORT: Uni-Graz
Universitätsplatz 3
HS/ A/B/C u. Resowi

VON: Do. 15.6. Registrierung: 11 bis 13.30 (Eröffnung)
Programm von Do. 14 Uhr bis Sa. 15 Uhr
Demo Sa. 16.00 (Oper – Herrengasse)

asf@gmx.at

eine andere welt ist möglich — und wie!

Austrian social forum 06

Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28



KPÖ